

Staatsgesinnung

München grüßt den Präsidenten

Der Reichspräsident hat der Stadt München einen Besuch abgestattet, der einen ungestörten Verlauf genommen hat. Eigentlich müsste das selbstverständlich sein. Denn wie auch immer der einzelne zu der Staatsform stehen mag, so bleibt unter allen Umständen der Respekt vor dem Staatsoberhaupt eine Pflicht der Selbstachtung. Das gilt doppelt von Kreisen, die behaupten, dass ihnen die Würde und Ehre der Nation im besonderen Masse am Herzen liegt, dass sie eine starke Autorität erstreben und eine Wiederherstellung der deutschen Macht nach aussen. Alles Streben dieser Art muss anknüpfen an die bestehenden Verhältnisse, weil es klar auf der Hand liegt, dass jeder Umwälzungsversuch gleichbedeutend wäre mit einer schweren, vielleicht dauernden Störung und Zerstörung des deutschen Wiederaufbaus. Es waren sogenannte patriotische Vereine, die dem Besuch des Reichspräsidenten Drohungen voranschickten, und es waren einige hundert Demonstranten, die sich auf der Straße so übel auführten, wie das eine Zeitlang die Spezialität linksradikaler Gruppen war. Aber gerade diese Demonstration hat bewiesen, dass auch in Bayern heute kein Boden mehr für Ausschreitungen vorhanden ist, wie sie als Rückschlag gegen den verbrecherischen Sowjetraumel des Jahres 1919 vorübergehend möglich waren. Dass der frühere bayerische Ministerpräsident v. Kahr der im Dienste des Freistaates Bayern als Regierungspräsident an hervorragender Stelle tätig ist, offen eine Agitation zugunsten der Wittelsbacher Monarchie betreibt, zeigt nur, dass dieser Mann, dessen masslose Überschätzung in Bayern selbst Kopschütteln erregt, die Hoffnung aufgegeben hat, die nur ungern unter dem Druck seiner nächsten politischen Freunde aufgegebene Machtstellung auf normalem Wege wiederzuerlangen. Sein Nachfolger Graf Lerchenfeld hat durch eine massvolle, dabei selbstbewusste Politik die Isolierung, in die Bayern allmählich hineingeraten war, beseitigt und ein Verhältnis zur Reichsregierung hergestellt, das den gesamtdeutschen Interessen wahrlich besser dient als die Aspirationen, die unter der Maske deutschnationaler Gesinnung drauf und dran waren, das Deutsche Reich zu zerschellen und damit den Plänen der extremsten französischen Nationalisten Vorschub zu leisten.

Beim Bürgerrat

Die innere und äussere Entwicklung lässt trotz aller Rückschläge in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes die Überzeugung reifen, dass die Befreiung von dem unerträglichen Druck des Versailler Friedens nicht durch geballte Fäuste, schneidige Reden und innere Parteikämpfe erzielt werden kann, sondern nur durch eine Politik, die zunächst einmal den inneren Aufbau sichert. Dieser Grundgedanke ist mit besonderer Klarheit auf einer Sitzung des Reichsbürgerrats zum Ausdruck gekommen, die in Bremen abgehalten wurde. Die Bürgerbewegung ist zur Abwehr linksradikaler Ausschreitungen in den Stürmen der Revolution entstanden und neigt naturgemäss dazu, diesen innerpolitischen Gegensatz auch fernerhin zu betonen. Um so bemerkenswerter war die Einmütigkeit, mit der Redner aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, sich für den inneren Frieden einsetzten und die Pflicht betonten, unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten die Regierung aussenpolitisch zu stützen. Es waren gerade deutschnationale Redner, wie der Abgeordnete Düringer, der frühere badische Justizminister, die der Politik der Schlagworte und der Ministerfäusterei, wie sie von den Rechtsparteien noch immer im Parlament betrieben wird, eine Absage erteilten. Die in Bremen erhobene Forderung, unter allen Umständen die Staatsgesinnung zu pflegen gegen alle Auflösungstendenzen, wirtschaftlicher und politischer Art, muss immer mehr zum Gemeingut werden, drinnen wie draussen oder, wie man in Bremen sagt: „buten und binnen“. Auch die Deutschen im Ausland können für die Wiederaufrichtung des Vaterlandes vieles tun, wenn sie darauf verzichten,

ihre Blicke rückwärts zu richten. Gegenüber dem Auslande darf es nur eine einheitliche deutsche Front geben. Das ist die erste Voraussetzung zur Wiederherstellung des deutschen Ansehens, nicht aber die Betonung und Unterstreichung von Gegensätzen, die die Welt draussen nichts angehen, und die wir unter uns abzumachen haben, wenn erst einmal Leben und Dasein gesichert sind.

Oesterreich vor dem Abgrund

Wie notwendig es ist, zunächst einmal alle Kräfte der Nation zu sammeln, zeigt die Entwicklung Oesterreichs. Die Friedensverträge haben Hindernisse geschaffen für den Anschluss dieses an Haupt und Gliedern verstreutem Restes der alten Donau-Monarchie an Deutschland, und die wechselnden Regierungen dieses deutschen Stammes haben wohl und übel sich ihren Geboten und Versprechungen der Schöpfer ihres unmöglichen Staatswesens gefügt. Heute scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo es einfach nicht mehr weitergeht. Die öster-

reichische Krone ist bereits so gut wie wertlos. Für eine Million Kronen tauscht man noch nicht dreihundert Schweizer Franken ein. Die Erkenntnis, dass das absolute Chaos droht, gibt der Anschlussbewegung elementare Kraft. Insbesondere hat sich neuerdings die Sozialdemokratie unter dem Druck ihrer Massen, die der Verzweiflung nahe sind, für den Anschluss eingesetzt, und ihr Führer Dr. Bauer hat zunächst die Forderung nach einem Währungsanschluss erhoben. Im französischen Senat hat Poincaré die Bewilligung von armenischen 55 Millionen Franken, die seit Monaten fällig sind, damit begründet, dass es gelte, die Friedensverträge von Versailles und St. Germain — entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — zu verteidigen. Auch diese 55 Millionen Franken werden in dem Abgrund verschwinden. Der Versuch, die Natur zu vorgewaltigen, kann auf die Dauer nicht gelingen.

Die Politik der französischen Regierung gerät immer mehr in die Rolle, die nach 1815 die „Heilige Allianz“ spielte. Die Verteidigung des starren Buchstabens unmöglicher Verträge schafft einen Zustand der Zerrüttung und Anarchie, der ganz Europa schädigt, nicht zuletzt Frankreich selbst. Im Osten ist ein neuer Militarismus gezüchtet worden, der die neuen Staatsverträge überlastet und von einer Krise in

die andere jagt. In demselben Augenblick, in dem Deutschland den schmerzlichen Verlust der wertvollsten Teile Oberschlesiens erleidet, befindet sich das mit Gaben überschüttete Polen in dem Zustand einer Staatskrise, die zeigt, dass die Erbhebel der polnischen Politik, die verheerende Parteiwirtschaft, in dem neuen Reich mindestens so heftig auftreten wie in der alten königlichen Republik.

Morgans Anklage gegen Frankreich

Die Politik des Buchstabens, der den Geist tötet, hat Frankreich auch gegenüber den Verhandlungen des Bankierkomitees durchgeführt und dadurch erreicht, dass Pierpont Morgan und seine Kollegen auseinandergegangen sind, ohne für den Augenblick eine Anleihemöglichkeit geschaffen zu haben. Die Begründung, mit der das Bankierkomitee seine vorläufige Verlegung bekanntgab, bedeutete eine Anklage gegen die Haltung Frankreichs, und der französische Delegierte unterstrich diese Wendung noch durch die Tatsache, dass er sich von dem Bericht des Komitees ausschloss. Niemand konnte erwarten, dass die Anleiheverhandlungen ohne weiteres zum Ziel führen werden. Aber ihr Verlauf bedeutete für Deutschland eine internationale Entlastung, die vielleicht nicht zu teuer erkauft ist durch den erneuten Rückschlag, den die deutsche Währung erlitten hat.

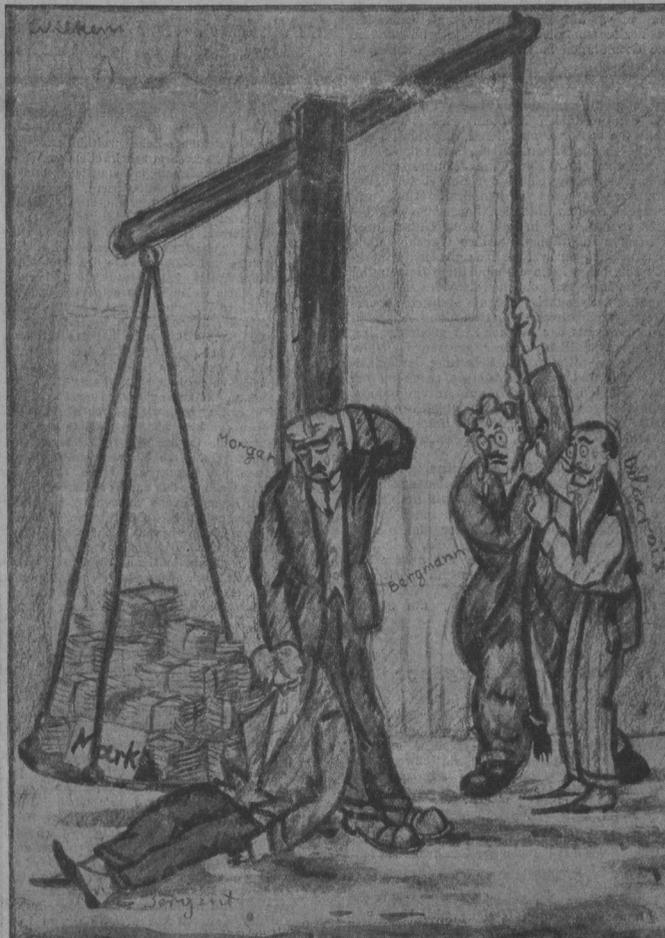
Die Erfüllungspolitik dauert fort

Es war die Politik der Regierung Wirth, die es bewirkt hat, dass zunächst einmal die drohende Besetzung weiterer deutscher Gebietssteile verhindert worden ist, und die den Argwohn in der Welt zerstreut hat, als ob Deutschland lediglich aus bösem Willen heraus der Weichheit von Versailles sich wiesetzte. Diese Tatsache ist so offensichtlich, dass der Versuch der deutschnationalen und linksradikalen Opposition, wieder einmal den „Zusammenbruch der Erfüllungspolitik“ zu konstatieren, kaum irgendwelchen Eindruck macht. Der Versuch des Abgeordneten Helfferich, ausgerechnet jetzt zu einer Politik der Obstruktion überzugehen, kann nicht ernst genommen werden. Die Reichsregierung hat denn auch erklärt, sie werde bis zur Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen, die sie auf Grund der Berichte des deutschen Vertreters Bergmann zuversichtlich erwartet, ihre Bestrebungen fortsetzen, die Reichsfinanzen auf eine feste Grundlage zu stellen und der Vermehrung der schwebenden Schulden mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Sie betont aber gleichzeitig, dass unter Umständen in der Zwischenzeit eine besondere Verständigung mit der Reparationskommission notwendig ist, um der Valutaentwertung und ihren verheerenden Folgen entgegenzuwirken.

Milliarden für Besatzungstruppen

Poincaré hat in einer Pressebesprechung seine intransigente Handlung, durch die die Anleihemöglichkeit wesentlich erschwert wurde, durch den Hinweis begründet, dass die Abbildung der deutschen Lasten durch Finanzoperationen grossen Stills es unmöglich machen würde, die Besetzung des Rheinlandes länger aufrechtzuerhalten. Diese Besetzung ist eines der dunkelsten Kapitel der Politik von Versailles. Eine Denkschrift des Reichsschatzministers, aus der sich ergibt, dass schon mehr als 5½ Milliarden Goldmark und ausserdem 14 Milliarden Papiermark seit dem Waffenstillstand bis Ende März 1922 für Besatzungszwecke hinausgeworfen wurden, wird in späteren Zeiten als Kulturdokument Kopschütteln erregen. Mit welcher lächerlichen Verschwendung der Entente-Militarismus verfährt, ergibt sich daraus, dass z. B. die Errichtung der Wohnung eines Kreisdelegierten der englischen Zone, also eines Stabs-offiziers von mittlerem Rang, einen Kostenaufwand von 464 000 Mark verursachte, darunter für eine Schlafzimmereinrichtung poliert Kirschbaum mit weiss Ahorn 56 000 Mark, 9282 Mark für Damast, viele Tausende für Spitzendecken, Teppiche, Bethimmel, Stoppdecken, Seidenvorhänge, Friseurssaal.

Vieleicht sind die Kreise, die derartig auftreten, die Gewährleute, die Lord Northcliffe bei seiner Reise durch Deutschland aufgesucht hat, um sich davon zu überzeugen, wie „glänzend“ man in Deutschland lebt. J. E.



Das verlagte Anleihe-Komitee

Wie wenig wiegt die Mark, und doch ist es so schwer, sie zu „heben“! Wird's nach drei Monaten besser gehen? —